Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Freitag, 19. November 2010
Ausgabe 222

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **3**
Meldungen **4**
› Städte begrüßen Zusagen des Finanzministers zu Gewerbesteuer und Sozialausgaben – Appell von 170 Kommunalpolitikern 4
› Glückwünsche für Alfred Fackler zum 80. Geburtstag 7
› Erfahrungsaustausch beim OpenOffice.org-Kongress 8
› Bauleitplanung am Bauernbräuweg 8
› Winterdienstbilanz für Donnerstag, 18. November 9
› Heizsysteme im Vergleich – Vortrag im Bauzentrum München 9
› Führung durch Ausstellungen in der Lothringer13 10
› Radio-Reportagen in der Stadtbibliothek Ramersdorf 11
› Autorenlesung in der Stadtbibliothek Moosach 12
› Öffentliche Stadtrats-Sitzungen der kommenden Woche 12
Antworten auf Stadtratsanfragen **13**
› Städtische Wirtschaftsschulen – reicht das Angebot? 13

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **18**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Samstag, 20. November, zirka 22 Uhr,
Foyer der Philharmonie im Gasteig, Rosenheimer Straße 5
Im Anschluss an das Konzert (Beginn: 20 Uhr) der Maxwell Street Klezmer Band, Chicago, spricht Stadtrat Richard Quaas (CSU) in Vertretung des Oberbürgermeisters Grußworte beim Stehempfang (für geladene Gäste) anlässlich der Eröffnung der 24. Jüdischen Kulturtage München.

Wiederholung
Montag, 22. November, 17 Uhr, Rathaus, Großer Sitzungssaal
Vollversammlung des Ausländerbeirats der Landeshauptstadt München mit Verleihung der Medaille „München leuchtet – Den Freunden Münchens" in Silber an den Vorsitzenden des Ausländerbeirates, Cumali Naz, sowie der Medaillen „München leuchtet" an Memo Arikan, Pavlos Delkos, Dimitrios Papadopoulos, Monica Prestel und Eyüp Tanriverdi.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Wiederholung
Montag, 22. November, 18 Uhr, Referat für Arbeit und Wirtschaft, Foyer, Herzog-Wilhelm-Straße 15
Der Referent für Arbeit und Wirtschaft, Dieter Reiter, und die Leiterin der städtischen Gleichstellungsstelle für Frauen, Michaela Pichlbauer, sprechen Grußworte bei der Eröffnung der Ausstellung „Frauen im Aufbruch – Politische Plakate". Die Vorsitzende des Kuratoriums der Friedrich-Ebert-Stiftung, Ingrid Matthäus-Maier, spricht anschließend zum Thema „Frauen in der Politik – Frauen im Aufbruch? Ein Blick zurück und volle Kraft voraus". Die Plakatausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt das Werben um die politische Beteiligung der Frauen in drei wichtigen historischen Phasen des 20. Jahrhunderts. Die Ausstellung ist für Publikum von 23. November bis 16. Dezember geöffnet. Öffnungszeiten: Montag bis Donnerstag von 8 bis 18 Uhr, Freitag von 8 bis 15 Uhr.
Achtung Redaktionen: Für die Teilnahme an der Vernissage ist eine Anmeldung bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, E-Mail bayernforum@fes.de, nötig.

Mittwoch, 24. November, 9.30 Uhr, Halle A 2, Neue Messe München
Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München, spricht Grußworte bei der Eröffnung der 33. Heim + Handwerk. Die beliebte Verkaufsausstellung für Bauen, Einrichten und Wohnen findet von 24. bis 28. November auf dem Münchner Messegelände statt.

Mittwoch, 24. November, 18.30 Uhr,
Halle Technisches Rathaus, Friedenstraße 40
Stadtdirektor Karl Höferle, Leiter der Hauptabteilung Tiefbau, empfängt in Vertretung der Baureferentin Rosemarie Hingerl zum neunten Mal die Bürgerinnen und Bürger, die an der Aktion „Bei Anruf Licht" teilgenommen haben, und überreicht die Hauptpreise aus der Verlosung.
Auch dieses Jahr haben sich die Münchner Bürgerinnen und Bürger wieder rege engagiert und durch ihre Meldungen die Abteilung Straßenbeleuchtung und Verkehrsleittechnik unterstützt. Insgesamt wurden 8.669 Störungen gemeldet, die von den Fachkräften innerhalb von drei Tagen behoben wurden, sofern es sich nicht um Zerstörungen und daraus resultierend einen kompletten Austausch der Anlagen handelte.
Als Dank für dieses bürgerschaftliche Engagement wurden unter allen Anrufern wieder Geldpreise im Wert von 15.000 Euro sowie 24 Sachpreise verlost. Die 139 Gewinne werden am 24. November bei einem kleinen Empfang ab 18.30 Uhr im Technischen Rathaus überreicht. Weitere Informationen zur Aktion sind im Internet unter *www.muenchen.de/baureferat* abrufbar.

Bürgerangelegenheiten

Freitag, 26. November, 14 bis 15 Uhr
Telefonische Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 1 (Altstadt - Lehel) mit dem Vorsitzenden Wolfgang Püschel, Telefon 22 80 26 76.

Meldungen

(teilweise voraus als Pressemitteilung des Deutschen Städtetages)
Städte begrüßen Zusagen des Finanzministers zu Gewerbesteuer und Sozialausgaben – Appell von 170 Kommunalpolitikern
(19.11.2010) Die anhaltende schwerste Finanzkrise der Städte seit Bestehen der Bundesrepublik ruft zahlreiche Stadtoberhäupter aus dem ganzen Land auf den Plan. In einer Mitgliederkonferenz des Deutschen Städtetages verabschiedeten gestern rund 170 Oberbürgermeisterinnen, Oberbürgermeister, Bürgermeister und Stadträte eine „Berliner Resolution der deutschen Städte zur kommunalen Finanzlage". Die Städte begrüßen die Zusagen des Bundesfinanzministers zur Gewerbesteuer und zu einer Entlastung der Kommunen bei den Sozialausgaben in einer Größenordnung von vier Milliarden Euro. Ablehnend stehen sie nach eingehender Prüfung einem Zuschlagsrecht der Kommunen bei der Einkommensteuer gegenüber.
Zum Stand der Beratungen mit dem Bund über eine Gemeindefinanzreform sagte der Vizepräsident des Deutschen Städtetages, der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude, im Anschluss an die Konferenz: „In ihrer dramatischen Finanzlage begrüßen die Städte die Zusage des Bundesfinanzministers, dass die Gewerbesteuer bis auf weiteres weder abgeschafft noch in ihrer Bemessungsgrundlage geschwächt werden soll. Wir vertrauen darauf, dass es bei dieser Erklärung auch unter dem Druck anderslautender Forderungen bleibt. Damit wird auch die Zusage der Bundeskanzlerin vor dem Deutschen Städtetag aus dem Jahr 2009 eingelöst."
In Richtung Koalitionsausschuss, der sich auch mit den Gemeindefinanzen befasst, ergänzte Ude, die Städte benötigten die Einnahmen aus ihrer wichtigsten eigenen Steuer, um den Bürgerinnen und Bürgern und der Wirtschaft vor Ort gute Dienstleistungen und eine gute Infrastruktur anbieten zu können: „Wir appellieren deshalb an die gesamte Koalition, dem Bundesfinanzminister zu folgen und die Gewerbesteuer wie auch die Hinzurechnungen beizubehalten. Denn eine akzeptable Alternative ist für die Städte nicht erkennbar. Das sehen die Städte in den alten und neuen Ländern gleichermaßen so wie gewerbesteuerstarke und gewerbesteuerschwache Städte." Über einen längeren Zeitraum betrachtet habe sich das Aufkommen der Gewerbesteuer sehr dynamisch entwickelt, zwischen 1995 und 2008 von 21,6 auf 41 Milliarden Euro fast verdoppelt. 2010 werden 34,6 Milliarden Euro erwartet.
Städte müssten handlungsfähig sein. Nachhaltige Entlastungen der Kommunen seien deshalb überfällig, sagte Ude zum Thema Sozialausgaben.

„Die Vitalität der kommunalen Selbstverwaltung und die Handlungsfähigkeit der Städte sind dramatisch gefährdet. Einer immer größeren Zahl von Städten gelingt es trotz intensiver Konsolidierung nicht, ihre Haushalte auszugleichen. Viele Kommunen stehen vor allem wegen des immer schnelleren Wachstums der Sozialausgaben vor dem finanziellen Zusammenbruch. Ein wichtiger Schritt ist daher die Absichtserklärung, die Kommunen bei den Sozialausgaben in der Größenordnung von vier Milliarden Euro zu entlasten, indem der Bund die Grundsicherung im Alter vollständig übernimmt." Damit würde der Bund für eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sowohl die heutigen Kosten als auch das Risiko wachsender Ausgaben tragen.
„Einem kommunalen Zuschlag bei der Einkommensteuer stehen die Städte nach eingehender Prüfung ablehnend gegenüber. Dadurch würde ein Steuergefälle entstehen, das die Stadt-Umland-Probleme und die Probleme strukturschwacher Städte verschärft", betonte Ude. Für ein Zuschlagssystem müssten die geltenden Obergrenzen bei der Verteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer auf die Kommunen entfallen. Denn nur dann könne die Steuer der Bürger in den Haushalt ihrer jeweiligen Kommune gelangen. Das bedeute hohe Steuerverluste für finanzschwache Kommunen, die sie versuchen müssten durch hohe Zuschläge auszugleichen. Einkommensteuerstarke Kommunen dagegen hätten automatisch höhere Einnahmen, ohne einen Zuschlag verlangen zu müssen.

Zentrale Forderungen der Städte

In ihrer Resolution erheben die deutschen Städte Forderungen zur laufenden Arbeit der Gemeindefinanzkommission, aber auch darüber hinaus. Vor dem Hintergrund des ersten zweistelligen Milliardendefizits der Kommunen im Jahr 2010 – der Deutsche Städtetag rechnet jetzt mit elf bis zwölf Milliarden Euro –, einer alarmierenden Verschuldung durch Kassenkredite in der Rekordhöhe von 40 Milliarden Euro und ungebremst steigenden Sozialausgaben von bis zu 42 Milliarden Euro lauten zentrale Forderungen der Städte:

- Die Gewerbesteuer sollte gestärkt werden, durch eine Einbeziehung der Selbständigen und einen Ausbau der Hinzurechnungen.
- Die angekündigte Entlastung der Kommunen bei den Sozialausgaben muss rasch verwirklicht werden.
- Neue Belastungen der Kommunen durch Bund und Länder darf es ohne finanziellen Ausgleich nicht mehr geben.
- Die kommunalen Spitzenverbände müssen verlässlich an der Gesetzgebung und an der Schätzung der Kostenfolgen von Gesetzen beteiligt werden. Eine belastbare Kostenschätzung kann neue Finanzprobleme der Kommunen vermeiden helfen.

Starkes Wachstum der Sozialausgaben – Keine Gesetze ohne Kostenausgleich

Zu den erdrückend hohen Sozialausgaben, die sich in den vergangenen 20 Jahren fast verdoppelt haben, sagte der stellvertretende Präsident des Deutschen Städtetages, der Regensburger Oberbürgermeister Hans Schaidinger: „Die Städte schöpfen angesichts ihrer großen Finanznot nach den erfreulichen Zusagen des Bundesfinanzministers Hoffnung. Die Entlastung bei der Grundsicherung in einer Größenordnung von vier Milliarden Euro ist ein guter Einstieg, den wir uneingeschränkt begrüßen. Dennoch machen wir schon heute darauf aufmerksam, dass diese Entlastung durch das Wachstum der Sozialausgaben bereits in wenigen Jahren wieder aufgezehrt sein wird. Die Städte müssen deshalb an ihrer Forderung festhalten, die Beteiligung des Bundes an den Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose an der tatsächlichen Ausgabenentwicklung zu orientieren."

Schaidinger sprach ein Grundproblem der Kommunalfinanzen an: „Die kommunalen Sozialausgaben konnten nur deshalb so übermäßig anwachsen, weil Bund und Länder den Kommunen immer wieder kostenträchtige Aufgaben aufgebürdet und die Zeche dafür nicht selbst bezahlt haben. Damit muss endlich Schluss sein!" Die Städte kritisierten, dass der Bund den Kommunen zeitgleich zu den Beratungen in der Gemeindefinanzkommission in diesem Jahr neue Belastungen und Mittelkürzungen in dreistelliger Millionenhöhe auferlegt habe, vor allem durch die Abschaffung des Wohngeldes für Kinder von Langzeitarbeitslosen, veränderte Hinzuverdienstgrenzen im Sozialgesetzbuch II (SGB II oder Hartz IV) und die Kürzung der Städtebauförderung. „Diese Maßnahmen müssen korrigiert beziehungsweise gegenüber den Kommunen finanziell ausgeglichen werden", so der stellvertretende Städtetagspräsident.

Daten zur aktuellen Finanzlage

Die aktuelle Finanzlage der Städte skizzierte der Deutsche Städtetag auf der Basis der Steuerschätzung von Anfang November so: Trotz inzwischen wieder steigender Steuereinnahmen bleibe die Finanzlage der Kommunen 2010 dramatisch. Die Steuereinnahmen der Städte und Gemeinden werden 2010 voraussichtlich leicht um 700 Millionen Euro gegenüber 2009 steigen. Erstmals seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise wird die Gewerbesteuer wieder zulegen, um brutto 2,1 Milliarden Euro. Schaidinger: „Wir freuen uns, dass sich vor allem die Gewerbesteuer wieder zu erholen beginnt. Dadurch wird sich das kommunale Defizit in diesem Jahr nicht mehr verdoppeln. Aber Grund zur Entwarnung gibt es nicht, denn wir werden erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik ein zweistelliges Milliardendefizit verzeichnen, in einer Höhe von etwa 11 bis 12 Milliarden

Euro." 2009 hatte das Defizit der Kommunen – der Saldo zwischen allen Ausgaben und Einnahmen – 7,2 Milliarden Euro betragen. Gründe für den Anstieg des Defizits in 2010 sind: die weiter steigenden Ausgaben, vor allem um fast zwei Milliarden Euro im Sozialbereich sowie die Tatsache, dass trotz der guten Konjunktur die gesamten kommunalen Steuereinnahmen 2010 immer noch voraussichtlich rund 10 Prozent niedriger liegen werden als 2008.

Städte als Partner in zentralen Zukunftsaufgaben anerkennen

Grundsätzlich machen die deutschen Städte in ihrer Berliner Resolution deutlich, Bund und Länder müssten die Kommunen als Partner anerkennen, damit die drei politischen Ebenen die gesellschaftlichen Zukunftsaufgaben bewältigen können. „Die Zusagen des Bundes, Entscheidungen in der Gemeindefinanzkommission nur im Einvernehmen mit den Kommunen treffen zu wollen, werten die Städte als ermutigendes Signal für die Bereitschaft zur einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit", heißt es in dem Text.

Vorsorgende Sozialpolitik – kein Jugendlicher ohne Schulabschluss

Für die Zukunft wird empfohlen, den Handlungsspielraum der Städte für eine präventive, fördernde und unterstützende Sozialpolitik zu stärken, um Chancengerechtigkeit zu fördern sowie Armut und Abhängigkeit von Transferleistungen zu verhindern. Die Städte regen einen gemeinsamen Pakt von Bund, Ländern und Kommunen mit dem Ziel an, dass kein Jugendlicher ohne Abschluss und damit ohne die Mindestvoraussetzung für den Einstieg in die berufliche Ausbildung die Schule verlässt. Die Resolution schließt mit dem Satz: „Chancenlosigkeit darf künftig keine Chance mehr haben!"

Glückwünsche für Alfred Fackler zum 80. Geburtstag

(19.11.2010) Oberbürgermeister Christian Ude gratuliert Alfred Fackler zum bevorstehenden 80. Geburtstag: „Dieser Geburtstag gibt mir erneut Anlass, Ihnen zu danken für Ihre unschätzbaren Verdienste für den Fußballsport. Seit fast einem halben Jahrhundert als Funktionär haben Sie den Bayerischen Fußball-Verband an vorderster Front maßgeblich mitgestaltet und geprägt. Von der Pionierarbeit der Gründerjahre bis heute haben Sie mit innovativen Impulsen dazu beigetragen, den Verband immer auf der Höhe des aktuellen Zeitgeschehens zu führen.

Ihre geballte Fachkompetenz, Ihr enormer Erfahrungsschatz sowie Ihre Wortgewalt und Ihr Durchsetzungsvermögen sind legendär, manchmal gefürchtet – aber immer hoch geachtet und allseits geschätzt.

Erwähnen möchte ich unter vielen Projekten, die Ihre Handschrift tragen, ‚25 Jahre Münchner Stadtmeisterschaft im Jugend-Fußball'. Dieses, für

unsere Fußballjugend so wichtige Turnier wird mit Ihrem Namen immer eng verbunden bleiben.
Durch Ihren Abschied als Vizepräsident hinterlassen Sie eine schwer zu schließende Lücke im bayerischen Fußballgeschehen, aber dennoch gönnen wir Ihnen von Herzen etwas ruhigere Zeiten im Kreise Ihrer Familie. Ich wünsche Ihnen für die Zukunft weiterhin alles erdenklich Gute, Gesundheit und Wohlergehen."

Erfahrungsaustausch beim OpenOffice.org-Kongress
(19.11.2010) Im Saal des Alten Rathauses fand jetzt der zweite Open Office.org-Kongress für Wirtschaft und Verwaltung statt. Die rund 100 Teilnehmer, vorrangig Entscheider aus Behörden, Verwaltungen und Unternehmen, gestalteten ein Vortragsprogramm rund um freie Office-Software, offene Dokumentstandards und Interoperabilität. Gemeinsam ausgerichtet vom gemeinnützigen Open Office.org Deutschland e.V. und der Stadt München, war die Veranstaltung dieses Jahr vor allem auch Plattform zum Gedankenaustausch über die Zukunft freier Office-Pakete, wurden doch unlängst die Gründung der Document Foundation und die Entwicklung von LibreOffice angekündigt. Karl-Heinz Schneider, Leiter der Hauptabteilung Informationstechnologie des Direktoriums der Landeshauptstadt München, begrüßte diesen Schritt hin zu einer unabhängigen Stiftung. Im weiteren Verlauf der Veranstaltung erhielten die Teilnehmer unter anderem Einblicke in Einsatz und Entwicklung freier Software bei der Stadt München, in Migrationsstrategien und zu den Anforderungen an Schnittstellen im Medizinbereich.
Abgerundet wurde der Kongress durch eine Podiumsdiskussion, an der neben Vertretern der Stadt München auch Verantwortliche der Stadt Freiburg, Gründer der Document Foundation, IBM-Experten und Dienstleistungsunternehmen teilnahmen.
Weitere Informationen unter *www.ooodev.org*, *www.muenchen.de/limux, www.documentfoundation.org* und *www.libreoffice.org*

Bauleitplanung am Bauernbräuweg
(19.11.2010) Westlich des S-Bahnhofes Mittersendling sollen auf der ehemals bahnbetrieblich genutzten Fläche die planungsrechtlichen Voraussetzungen für ein allgemeines Wohngebiet mit integrierter Kindertageseinrichtung (Kindergarten, Kinderkrippe) geschaffen werden. Ferner soll vom Bauernbräuweg aus eine Erschließungsstraße mit abschließender Wendeplatte hergestellt werden.
Weiterhin sollen begrünte private Freiflächen für die künftigen Bewohnerinnen und Bewohner sowie öffentliche Grünflächen für alle Altersgruppen

geschaffen werden. Durch neue Wegeverbindungen soll eine Vernetzung innerhalb der Baugebiete und zum Umfeld entstehen.
Die Planunterlagen werden vom 22. November mit 22. Dezember dargelegt:

- beim Planungsreferat, Blumenstraße 28 b (Hochhaus), Erdgeschoss, Raum 071, Auslegungsraum – barrierefreier Eingang an der Ostseite des Gebäudes auf Blumenstraße 28 a (Montag mit Freitag von 6.30 bis 18 Uhr),
- bei der Bezirksinspektion Süd, Implerstraße 9 (Montag, Mittwoch, Donnerstag von 8 bis 12 Uhr, Dienstag von 8 bis 12 Uhr und 14 bis 18.30 Uhr, Freitag von 7 bis 12 Uhr),
- bei der Stadtbibliothek Sendling, Albert-Roßhaupter-Straße 8 (Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag von 10 bis 19 Uhr und Mittwoch von 14 bis 19 Uhr).

Eine öffentliche Erörterung findet am Mittwoch, 8. Dezember, um 19 Uhr im Foyer des Sozialbürgerhauses Plinganserstraße, Plinganserstraße 150, statt.

Winterdienstbilanz für Donnerstag, 18. November

(19.11.2010) Hier die aktuellen Winterdienst-Zahlen:
Donnerstag, 18. November:
Einsatzzahlen:
Personal: - Fahrzeuge: -
Streuguteinsatz:
Salz: - Splitt: -
Kosten des Bereitschaftstages: 30.791,80 Euro
Bisherige Bereitschaftstage: 10
Bisherige Einsatztage: 8
Bisher aufgelaufene Kosten im Winter 2010/2011: 570.944,40 Euro

Heizsysteme im Vergleich – Vortrag im Bauzentrum München

(19.11.2010) Einen Vergleich zwischen Pelletheizungen und konventionellen Heizsystemen zieht Reinhard Bege von der Innung Spengler, Sanitär- und Heizechnik am Mittwoch, 24. November, im Bauzentrum München. Der Vortrag stellt die Unterschiede in System, Qualität und Preis bei Pelletheizungskesseln, die zwischen 5.000 und 15.000 Euro kosten, vor. Ausgehend von der aktuellen Energiesituation auf dem Markt sowie der geschätzten Preisentwicklung für die kommenden Jahre wird das Sparpotential einer kombinierten Pellet- und Solarheizung gegenüber Öl und Gas dargestellt. Zudem stellt Bege verschiedene Pelletöfen einschließlich der Pelletkessel für den Keller vor und erklärt die Preisunterschiede. Der Vortrag

geht auch auf die verschiedenen Systeme der Lagerung und Förderung von Pellets ein.
Das Bauzentrum München befindet sich in der Messestadt Riem an der Willy-Brandt-Allee 10 (U2, Haltestelle Messestadt West, von dort nur fünf Minuten ausgeschilderter Fußweg; mit der S2 bis Haltestelle Riem, dort umsteigen in Bus 190 bis Messestadt West; mit dem Auto über die A94, Ausfahrt München-Riem oder Feldkirchen-West, Parkhaus direkt hinter dem Bauzentrum München). Internet: *www.muenchen.de/bauzentrum*, E-Mail: bauzentrum.rgu@muenchen.de; Telefon 50 50 85.

Führung durch Ausstellungen in der Lothringer13
(19.11.2010) Am Mittwoch, 24. November, 19 Uhr, führt die Kuratorin Uli Aigner mit den Künstlerinnen Heike Döscher und Esther Rutenfranz durch die in der Lothringer13, Städtische Kunsthalle München, gezeigten Ausstellungen „Vom Aufgang der Sonnen" von Heike Döscher und „Order Out of Chaos" von Esther Rutenfranz.
Heike Döschers „Vom Aufgang der Sonnen" erzählt von ihrem Wunsch der immer wiederkehrenden Illusion, den realen Raum zu überwinden, diesen zu öffnen – im Glauben an Wunderbares und Ungeahntes, im Glauben an Mögliches. In der Lothringer13 erzeugt sie mit der Installation einer großen ornamentalen Wand einen illusionistischen Raum, Durchsichten, Schatten- und Lichtspiele. Das verwendete billige Material steht dabei im krassen Gegensatz zur barocken Opulenz ihrer Arbeiten. Die präzise, durch zwei Räume laufende hohe Wand setzt sich fort oder nimmt ihren Ausgang in einer Videoprojektion. Bewegte, psychedelische Bilder eröffnen weitere Bildebenen und nehmen die Bewegung der Ornamente auf.
Mit „Order Out of Chaos" bezeichnet Esther Rutenfranz ihr Handeln, das zu dieser Ausstellung führte und namensgebend war. Den Boden nicht haben – sich den Boden aneignen. Ganz real, wie ein Gefühl der Bodenlosigkeit, empfindet Esther Rutenfranz den empfindlichen Magnesitboden in der Lothringer13, der nicht bearbeitet oder bemalt werden darf. So überträgt sie den Boden auf die Wand, als notwendige Basis für ihre Installationen mit Malerei, Zeichnung und Collage: Traumzeichnungen, das Magazin der parallelen Geschichten, das das persönliche Erleben in Bezug zu „großer" öffentlicher Geschichtsschreibung setzt; Portraits von Menschen nach Kinderbildern; Bildwerke, in denen sich gängige Kategorien wie Kindheit und Alter gegenseitig durchdringen und neutralisieren.
Die Ausstellungen „Vom Aufgang der Sonnen" und „Order Out of Chaos" sind bis 9. Januar, Dienstag bis Sonntag von 14 bis 20 Uhr, in der Lothringer13, Städtische Kunsthalle München, Lothringer Straße 13, zu besichtigen. Der Eintritt zur Ausstellung sowie zur Führung am 24. November um 19 Uhr ist frei. Nähere Informationen unter *www.lothringer-dreizehn.com*.

Radio-Reportagen in der Stadtbibliothek Ramersdorf

(19.11.2010) Mitglieder des Arbeitskreises Stadtteilgeschichte Ramersdorf e.V. und des Bürgerkreises Berg am Laim erforschten von März bis Juli mit Aufnahmegeräten ihre Quartiere und kreierten Hörstücke, die sie am 23. November um 18 Uhr unter dem Titel „RaBaL Hören – SeniorInnen machen Radio" in der Stadtbibliothek Ramersdorf präsentieren. „RaBaL Hören" wurde auf Initiative des Kulturreferats der Landeshauptstadt München in Kooperation mit der Stiftung „Zuhören des BR" und mit Unterstützung des Verfügungsfonds der Sozialen Stadt in Berg am Laim und Ramersdorf realisiert. „RaBaL Hören" knüpfte an das Schulprojekt „München Hören" der Stiftung Zuhören des Bayerischen Rundfunks an, an dem u.a. die Grundschulen an der Führichsstraße und an der Berg-am-Laim-Straße mit Schülergruppen teilnahmen. Analog zu „München Hören" wurden Seniorinnen und Senioren in den Stadtteilen aktiv und lernten neue Medien kennen und gestalten. Sie kamen durch das Projekt mit vielen Menschen im Viertel in Kontakt und lassen nun durch die Audio-Beiträge alle an ihren Erfahrungen teilhaben.

Anhand vieler praktischer Übungen und einiger Hörbeispiele lernten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Umgang mit Aufnahmegerät und Mikrofon. Sie erfuhren, wie eine Reportage zum gelungenen Hörbild wird, wie man die richtigen Fragen stellt, wie man ein Interview vorbereitet und was zum Gelingen einer Umfrage beiträgt. Der Arbeitskreis Stadtteilgeschichte Ramersdorf fertigte Beiträge zu einem Abenteuerspielplatz mit dem vielversprechenden Namen Utopia, zum Innsbrucker Ring und zum Karl-Preiss-Platz in Ramersdorf. In Berg am Laim entstanden Beiträge zum Behrpark, der in der Vereinsgeschichte des Bürgerkreises eine ganz besondere Rolle spielt, zur Bäckerei Aumüller und zur Stephanskirche. Constanze Alvarez vom Bayrischen Rundfunk, die das Audio-Coaching der Teilnehmerinnen und Teilnehmer durchführte, wird auch die Präsentation in der Stadtbibliothek moderieren.

„RaBaL Hören" wurde mit Mitteln der Städtebauförderung im Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt" und mit Mitteln der Landeshauptstadt München/Kulturreferat gefördert.

Die Stadtbibliothek Ramersdorf, Führichstraße 43, ist mit der U2 und den Bussen 55, 144, 155, Haltestelle Ramersdorf, und dem Bus 145, Haltestelle Karl-Preis-Platz erreichbar. Telefon: 46 13 34 1-0.

Autorenlesung in der Stadtbibliothek Moosach

(19.11.2010) Am 24. November um 19.30 Uhr stellt der Schriftsteller Markus Heitz in der Stadtbibliothek Moosach, Hanauer Straße 61 a, seinen neuen Roman „Collector" vor. Die Menschheit reist im Jahr 3042 mittels außerirdischer Technologien durch das All. Eines Tages tauchen die Collectors auf, die allen Menschen Frieden und Schutz versprechen. Eine geheime Mission zu einem von den Aliens besetzten Planeten soll die wahren Absichten der „Beschützer" aufdecken. Markus Heitz erzählt die Geschichte vom Aufbruch der Menschheit ins All und der Besiedelung zahlloser faszinierender Welten und die Geschichte der Begegnung mit den Collectors, Außerirdischen, die noch überheblicher sind als der Mensch – und weitaus gefährlicher. Ein Abend mit vorzüglicher Science Fiction-Spannung. Der Eintritt zur Lesung kostet 5 Euro, ermäßigt 4 Euro. Telefonische Kartenreservierungen sind unter 30 90 54 79 0 möglich.

Öffentliche Stadtrats-Sitzungen der kommenden Woche

Dienstag, 23. November

9.30 Uhr	Kreisverwaltungsausschuss – Großer Sitzungssaal
14.30 Uhr	Finanzausschuss – Kleiner Sitzungssaal

Mittwoch, 24. November

9.00 Uhr	Vollversammlung – Großer Sitzungssaal

Antworten auf Stadtratsanfragen

Freitag, 19. November 2010

Städtische Wirtschaftsschulen – reicht das Angebot?
Anfrage Stadträtin Dagmar Henn (Die Linke) vom 12.8.2010

Antwort Stadtschulrat Rainer Schweppe:

In Ihrer Anfrage vom 12.8.2010 haben Sie folgenden Sachverhalt vorausgeschickt:

„Die städtischen Wirtschaftsschulen sind nicht nur berufliche Schulen, sondern auch ein möglicher Übergang zu weiterführenden Abschlüssen. Gerade für viele Jugendliche mit Migrationshintergrund, die von unserem Bildungssystem nach wie vor auf die Hauptschulen verwiesen werden, ist dies von großer Bedeutung. Für eine Stadt wie München mit ihrer kulturell vielfältigen Bevölkerung liegt eine gute Ausbildung für alle Jugendlichen im eigenen Interesse.
Verglichen mit anderen Schultypen ist der Anteil an Jugendlichen mit Migrationshintergrund an den städtischen Wirtschaftsschulen hoch (32,4 %, gegen 18,8% an den Gymnasien). Da die Wirtschaftsschulen sich vor allem an die Hauptschulen anschließen (auch in ihrer vierjährigen Form), müsste der Anteil Schüler mit Migrationshintergrund weitgehend jenem in den Hauptschulen entsprechen. In den Hauptschulen beträgt der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund allerdings 57,5%.“

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:
Wie viele Jugendliche haben sich dieses Jahr für den Besuch der Wirtschaftsschule angemeldet (aufgeteilt nach 4-, 3- und 2jähriger Form)? Wie viele davon haben einen Migrationshintergrund?

Antwort:
Beide städtischen Wirtschaftsschulen müssen regelmäßig Bewerberinnen und Bewerber abweisen. Die Friedrich-List-Wirtschaftsschule erhebt daher die weitergehenden Personaldaten wie beispielsweise die Staatsangehörigkeit der Schülerinnen und Schüler erst dann, wenn feststeht, dass die Kinder und Jugendlichen auch aufgenommen werden können. Insofern

sind hier die gewünschten Angaben nur für die aufgenommenen Kinder und Jugendlichen möglich. Grundsätzlich erfragen Schulen für ihre Schülerinnen und Schüler aus datenschutzrechtlichen Gründen bezüglich des Migrationshintergrundes nur die Staatsangehörigkeit.
Die Anmelde-/Aufnahmesituation an den beiden Schulen stellt sich für das Schuljahr 2010/11 folgendermaßen dar:

Friedrich-List-WS	**4-j.**	**3-j.**	**2-j.**
Anmeldungen	40	65	180
angenommen wurden[1]	31	27	67
davon mit nicht-deutscher Nationalität	9	16	26

Riemerschmid-WS	**4-j.**	**3-j.**	**2-j.**
Anmeldungen	38	72	129
davon mit nicht-deutscher Nationalität	16	27	68
angenommen wurden	32[2]	61[3]	64
davon mit nicht-deutscher Nationalität	12	19	27

Frage 2:
Wie viele Jugendliche wurden von den städtischen Wirtschaftsschulen angenommen (aufgeteilt)? Wie viele haben einen Migrationshintergrund?

Antwort:
Siehe Antwort zu Frage 1.

Frage 3:
Nach welchen Kriterien werden bei mehr Anmeldungen als Plätzen die Plätze vergeben?

Antwort:
Die Vergabe erfolgt entsprechend der Satzung für die jeweilige Schule nach den Noten des Übertritts- bzw. Abschlusszeugnisses.

Frage 4:
Eltern haben mir berichtet, schon bei der Anmeldung am Nachmittag sei ihnen mitgeteilt worden, es gäbe keinen Platz mehr. Entspricht eine solche Aussage den Vorgaben? Falls ja, warum wird dann überhaupt eine nachmittägliche Einschreibung angeboten?

Antwort:
Die Anmeldung verläuft in zwei Phasen am Vor- und Nachmittag. In der dazwischenliegenden Mittagspause verschaffen sich die Lehrkräfte der Schulen einen Überblick über die Zahl der vorliegenden Anmeldungen und über die Noten, die erreicht wurden. Anhand des Rankings ist dann bereits eine Aussage darüber möglich, mit welchen Noten die Aufnahme an der Schule unmöglich sein wird, weil bereits zu viele Bewerbungen mit besseren Noten eingegangen sind. Da die Schülerinnen und Schüler nur an einer Schule angemeldet werden können (das Originalzeugnis muss vorliegen), werden vor allem an der Friedrich-List-Wirtschaftsschule diejenigen, die nur sehr geringe oder gar keine Chancen haben, dahingehend beraten, es statt dessen an der Riemerschmid-Wirtschaftsschule oder an der staatlichen Wirtschaftsschule zu versuchen. Beide Schulen bieten etwas bessere Chancen: Die Riemerschmid-Wirtschaftsschule nimmt nur Mädchen auf und hat dadurch etwas niedrigere Anmeldezahlen, die staatliche Schule bildet in jedem Jahr statt zwei vier Eingangsklassen der zweijährigen Form und kann daher mehr Jugendliche aufnehmen. Auf den Nachmittagstermin zu verzichten würde aus Sicht der Schule nicht sinnvoll sein, denn es besteht die Möglichkeit, dass auch am Nachmittag noch Anmeldungen mit sehr guten Noten kommen, die berücksichtigt werden können.

Frage 5:
Es wurde mir ebenso berichtet, es sei auf den Besuch einer privaten Wirtschaftsschule verwiesen worden. Diese verlangen aber Schulgebühren von etwa 200 Euro im Monat. Gerade die Eltern von Jugendlichen mit Migrationshintergrund werden sich dies selten leisten können. Können diese Gebühren übernommen werden? Wenn ja, unter welchen Voraussetzungen?

Antwort:
Eine Möglichkeit, dass die Stadt diese Kosten übernimmt, besteht nicht.

Frage 6:
Der bisherige Anteil Jugendlicher mit Migrationshintergrund an den Wirtschaftsschulen kann noch nicht als diskriminierungsfrei gewertet werden

(das würde erst gelten, wenn ein den Hauptschulen entsprechender Anteil erreicht wäre). Welche Überlegungen bestehen, um an den Wirtschaftsschulen einen der städtischen Integrationspolitik entsprechenden Anteil zu erreichen?

Antwort:
Der Begriff Migrationshintergrund wird immer wieder unterschiedlich definiert. Diese unterschiedlichen Definitionen führen dazu, dass bei der Frage nach dem Migrationshintergrund von Schülerinnen und Schülern sehr divergierende Zahlen im Umlauf sind. Die staatliche Schulstatistik, auf der auch die Angaben in den Produktdatenblättern beruhen, berücksichtigt nur die Staatsangehörigkeit.
In der vom Deutschen Jugendinstitut im Auftrag der Stadt durchgeführten Längsschnittstudie dagegen beispielsweise, die Münchner Haupt-, Wirtschafts- und Förderschülerinnen und -schüler auf dem Weg von der Schule in die Berufsausbildung begleitet, wird ein „Migrationsindikator" benutzt, in den folgende Kriterien eingehen: Geburtsland des/der Jugendlichen, Geburtsland eines Elternteiles sowie Staatsangehörigkeit des/der Jugendlichen. Die Untersuchung ergab für das Schuljahr 2007/08 für die beiden städtischen und die staatliche Wirtschaftsschule für die Schülerinnen und Schüler der zweijährigen Form einen Migrationsanteil von 65,5%.[4] Der entsprechende Anteil bei den Hauptschülerinnen und -schülern der 9. Klasse der Hauptschule lag bei 72,5%, der der Schülerinnen und Schüler der 10. Klasse der Hauptschule bei 57,3%. Insofern kann davon ausgegangen werden, dass der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in beiden Schularten bereits ähnlich hoch ist. Weitergehende Maßnahmen erscheinen nicht notwendig, da der Besuch der Wirtschaftsschule nur eine von verschiedenen Möglichkeiten für Hauptschulabsolventinnen und -absolventen ist, die Ausbildung nach Abschluss der allgemeinbildenden Schule fortzusetzen. Zu nennen wären hier neben der dualen auch die schulische berufliche Erstausbildung in Berufsfachschulen und der Übergang an Realschulen oder (nach der 10. Klasse der Hauptschule) an Fachoberschulen.

Frage 7:
Nach dem Jahresabschluss 2009 weisen die Wirtschaftsschulen einen Gastschüleranteil von 38,3% auf. Dieser Wert ist ungewöhnlich hoch; selbst bei den Gymnasien liegt er nur bei 7,5% (lt. Produktblatt Jahresabschluss). Dieser Wert bezieht sich allerdings auf städtische wie staatliche Schulen. Wie hoch ist der Gastschüleranteil an den städtischen Wirtschaftsschulen? Wie hoch ist der Anteil an Jugendlichen mit Migrations-

hintergrund unter diesen Gastschülern? Sind die städtischen Wirtschaftsschulen verpflichtet, die Gastschüler aufzunehmen?

Antwort:
An der Städtischen Friedrich-List-Wirtschaftsschule liegt der Anteil der Gastschülerinnen und Gastschüler bei 29,6%. An der Städtischen Riemerschmid-Wirtschaftsschule liegt der Anteil bei 46%. Beim Vergleich mit den entsprechenden Zahlen an den Gymnasien ist zu berücksichtigen, dass es im Münchner Umland keine öffentlichen Wirtschaftsschulen gibt. Die nächsten Schulen sind in Freising, Garmisch-Partenkirchen, Augsburg und Bad Wörishofen.
Art. 27 (3) BayEUG regelt die Aufnahme von Gastschülerinnen und Gastschülern in kommunale Schulen: „Die Aufnahme von Schülern in eine kommunale Schule, die nicht Pflichtschule ist, darf nicht deshalb abgelehnt werden, weil die Erziehungsberechtigten oder die Schüler ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt nicht innerhalb des Gebietes des Schulträgers haben."

1 Bei der Klassenbildung müssen auch die Wiederholerinnen und Wiederholer berücksichtigt werden. Daher weicht die Zahl der neu aufgenommenen Schülerinnen und Schüler von der maximalen Zahl von Schülerinnen und Schülern pro Klasse ab.

2 6 Schülerinnen haben den Probeunterricht nicht bestanden.

3 11 Schülerinnen haben den Probeunterricht nicht bestanden.

4 Siehe Gaupp, Großkurth, Lex, Münchner Haupt-, Wirtschafts- und Förderschülerinnen und -schüler auf dem Weg von der Schule in die Berufsausbildung, München 2008, S. 15

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Freitag, 19. November 2010

Fortschreibung der kommunalen Sucht-Konzeption: Gender- und Migrationsforschung als wichtiger Baustein
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Ingrid Anker, Monika Renner und Klaus Peter Rupp (SPD)

Zukunft des Tourismus in München
Antrag Stadträte Hans Podiuk, Richard Quaas, Josef Schmid und Tobias Weiß (CSU)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude

Rathaus

Monika Renner
Stadträtin

Dr. Ingrid Anker
Stadträtin

Klaus Peter Rupp
Stadtrat

München, 19.11.2010
Suchtforschung

Fortschreibung der kommunalen Sucht-Konzeption:
Gender- und Migrationsforschung als wichtiger Baustein

Antrag

Das Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) wird gebeten, mit den einschlägigen Fakultäten der Münchner Universitäten Kontakt aufzunehmen mit dem Ziel einer engen Zusammenarbeit in der Suchtforschung. Von besonderem Interesse sind Daten und Erkenntnisse zum Suchtverhalten, das aus der Geschlechterverschiedenheit und/oder einem Migrationshintergrund resultiert. Schwerpunkte sind dabei Alkohol- und Medikamentenabhängigkeit, diverse Formen von Ess-Störungen sowie Verhaltenssüchte.

Begründung:

Das Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) schreibt in seiner aktuellen Vorlage zur Fortschreibung der städtischen Sucht-Konzeption: „Suchtmittelkonsum und Suchterkrankungen treten bei Frauen und Männern sowie bei Angehörigen verschiedener kultureller Herkunft in unterschiedlicher Form auf.“ Das gelte insbesondere für ‚legale’ Süchte wie Alkohol- und Medikamentenabhängigkeit, für alle Formen von Ess-Störungen sowie für Verhaltenssüchte wie z.B. Spielsucht.

Leider gebe es aber, um erfolgreiche Therapie-Angebote mit dem Ziel der Abstinenz entwickeln zu können, gerade in diesen Bereichen (Gender-Mainstream, Migrationshintergrund) immer noch zu wenige empirische Daten und Erkenntnisse und somit einen hohen Forschungsbedarf. Hierzu bieten sich die beiden Münchner Exzellenz-Universitäten mit ihren vielfältigen Forschungsprogrammen geradezu an.

Initiative	gez.	gez.
Monika Renner	Dr. Ingrid Anker	Klaus Peter Rupp
Stadträtin	Stadträtin	Stadtrat

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089-233926 27, Fax: 089-233245 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

CSU-Stadtratsfraktion
Rathaus, Marienplatz 8, Zimmer 249/II
80331 München
Tel.: 089 / 233 92650
Fax.: 089 / 29 13 765
Email: csu-fraktion@muenchen.de
www.wzim.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

ANTRAG
19.11.10

Zukunft des Tourismus in München

Die Verwaltung legt dem Stadtrat ein Konzept

- zur künftigen Ausrichtung des Tourismusamtes
- zur künftigen Marketingstrategie

vor.

Begründung:
Diverse Initiativen der CSU-Stadtratsfraktion zur Verbesserung der Tourismusstrategie in München (z.B. hinsichtlich des Kongresswesens, der Positionierung Münchens als Einkaufsstadt) wurden von der Stadt unter Verweis auf gute Tourismus-Zahlen abgeschmettert. Kein Handlungsbedarf, so hieß es von offizieller Seite.

Nun äußert sich auch der Hotel- und Gaststättenverband. Offenbar wird von Seiten der Betroffenen - im Gegensatz zur Stadt - sehr wohl Handlungsbedarf in Sachen Tourismus gesehen.

Daher muss sich der Stadtrat mit der Zukunft des Tourismus in München beschäftigen. Dazu zählen
- die Zukunft des Tourismusamtes selbst und
- künftige Marketingstrategien.

Wichtig dabei ist, dass München nicht nur als Wiesn-Metropole wahrgenommen wird, sondern deutliche Akzente gesetzt werden auf das umfangreiche, für verschiedenste Interessensgebiete vorhandene Angebot, z.B. im Bereich von Kunst und Kultur, Sport, Einzelhandel- und Dienstleistung, Medizin- und Krankenhausstandort u.v.m. Hier kann man noch mehr tun. So decken beispielsweise die bisher angebotenen Pauschal-arrangements die Vielfalt der Möglichkeiten in München nicht ab.

In die Debatte muss auch die Überarbeitung des Internet-Auftritts einbezogen werden, der u.E. noch Verbesserungspotential hat. So schließt z.B. die Hotelbuchung über ein einziges Portal zahlreiche, insbesondere mittelständische Hotels aus.

Da eine solche Vermarktung mit allen Betroffenen erfolgen muss, ist der Vorschlag einer Vermarktungsgesellschaft, wie sie der Hotel- und Gaststättenverband vorgeschlagen hat, zu prüfen.

gez. Josef Schmid, Stadtrat Fraktionsvorsitzender	gez. Hans Podiuk, Stadtrat stv. Fraktionsvorsitzender	gez. Richard Quaas, Stadtrat stv. Fraktionsvorsitzender

gez.
Tobias Weiß
Stadtrat